

An Redaktionen
Politik und Aktuelles

Bremeneckgasse 2,
69117 Heidelberg

Tel : +49 6221 – 98 11 01
Fax : +49 6221 – 98 11 90

zentralrat@sintiundroma.de
www.sintiundroma.de

20. März 2013

Pressemitteilung

Zentralratsvorsitzender Rose kritisiert Haltung der Bundesregierung zum NPD-Verbotsantrag - Bundestag muss jetzt unbedingt zustimmen

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, kritisierte heute das Verhalten der Bundesregierung und der FDP-Führung, sich nicht dem NPD-Verbotsantrag des Bundesrates anzuschließen. Damit werde die NPD bereits jetzt von der Bundesregierung in einer Weise verharmlost, die ein falsches Signal sei gegenüber dem Bundesverfassungsgericht aber auch gegenüber der Gesellschaft. Die Situation in Deutschland sei anders zu beurteilen als in anderen europäischen Ländern wie etwa Ungarn mit der Partei „Jobbik“, Bulgarien mit „Ataka“ oder auch Frankreich mit der LePen-Partei. Nach Hitler-Deutschland, dem Holocaust und dem 2. Weltkrieg hat Deutschland eine besondere historische Verantwortung, schon den Anfängen von nationalsozialistischen Bestrebungen und dem Wiederaufleben solcher Parteien mit rassistischen, demokratie-feindlichen Programmen zu wehren.

Der Zentralratsvorsitzende richtete den dringenden Appell an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, sich dieser Verantwortung jetzt nicht zu entziehen, sondern eine Entscheidung zur Unterstützung des Verbotsantrags zu treffen. Alles andere würde zu einer gesellschaftlichen Verunsicherung führen, die nach der terroristischen Mordserie des sog. „NSU“ in keiner Weise verständlich wäre. Kräfte, die unseren demokratischen Rechtsstaat bedrohen und abschaffen wollen, können nicht auch noch mit staatlichen Mitteln finanziert werden und ihre Hetze im Schutz der Parlamente betreiben“, so Rose.

Es sei erschreckend, sagte Rose heute in Heidelberg, dass derzeit solche geistigen Brandstifter in Gesetzgebungs-Gremien wie den Landtagen ein öffentliches Forum haben und mit ihren antidemokratischen Provokationen unter dem Schutz der Immunität Beachtung in den Medien finden.

Völlig unakzeptabel sei auch die Reaktion des FDP-Vorsitzenden Philipp Rösler, der die NPD-Aktivitäten als „Dummheit“ bezeichnete. Das verharmlost die Gefährlichkeit dieser Kreise, die mit immer raffinierteren Methoden und getarnten Akteuren auftreten. Dies habe gerade auch bei den Holocaust-Überlebenden und den Minderheiten, die Opfer der NS-Verfolgung waren, heute wieder größte Sorge ausgelöst.